

203/72

nach Hause und bilden sich ein, sie hätten die Lebensverhältnisse des russischen Proletariats "studiert".

Wie erklären sich diese Zustände? Nun ganz einfach - aus den Interessen der sozialistischen Akkumulation. Die Arbeiterwohnungen sollen vertragsmässig von den Trusts instandgehalten werden, diese "sparen" aber nach Kräften, sie zahlen nicht einmal die budgetmässig angewiesenen Gelder für Bau und Instandsetzung von Wohnungen aus, sondern verwenden sie für Zwecke der "Rationalisierung". Die Gewerkschaften üben keinen genügenden Druck aus auf die Industriellen und diese begreifen eine so einfache Sache nicht, dass Gesundheit, Reinlichkeit, wohnliche Kasernen der einzige Weg ist, um die Arbeitsleistung zu steigern. Sobald die Industriellen (d.h. die Leiter der "sozialistischen" Staatsindustrie) die Tarifverträge einmal unterschrieben haben, kümmern sie sich nicht mehr darum. Deswegen werden gerade die Bestimmungen der Tarifverträge über die materielle Lage der Arbeiter oft verletzt. Der Tarifvertrag wird von den Industriellen bürokratisch und formalistisch durchgeführt. (Aus dem Bericht des Bergarbeiterführers Schwarz. Trud 1928/Nr. 69.)

Kommen wir zu den Verhältnissen in den Betrieben selbst: Ein in der Gewerkschafts-presse viel behandeltes Kapitel sind die Betriebsunfälle. Nach Berichten des Trud wurden von Unfällen betroffen:

In den Betrieben des Donugol i. J. 25/26 - 18,7%, i. J. 26/27 - 26,3% aller Arbeiter. In der gesamten Montanindustrie betrug die Zahl der Unfälle auf je tausend volle Arbeiter pro Jahr: 1923/24 = 115,2; 1925/26 = 179,9; 1926/27 = 221,8. ~~Im Steinkohlenbergbau: 1923/24 = 146,3; 1925/26 = 213,2; 1926/27 = 253,9. Davon waren schwer oder tödlich 1923/24 = 1067; 1925/26 = 2039; 1926/27 = 2303.~~

Alle diese Zahlen überraschen nicht nur durch ihre furchtbare Grösse, sondern auch durch ihre steigende Tendenz. Dass letztere dauernd anhält, beweist die Unfallstatistik für 1927/28. Die Zahl der Betriebsunfälle betrug auf je 1000 volle Arbeiter pro Quartal:

	Jan.-März 28	April-Juni 28
Okt.-Dez. 27.		
Bergbau	88,3	92,7
Metallind.	67,7	70,7
		78,9

Offenbar rechnen die "roten Direktoren" auch das Leben der Arbeiter zu jenen verächtlichen "Berufsinteressen", die die russischen Proletarier der "sozialistischen Akkumulation" zum Opfer bringen müssen.

Wie derartige Zahlen zustandekommen können, wird bald klar werden, wenn wir uns die Verhältnisse der Betriebe ansehen.

Von den Leningrader Textilfabriken gibt der Trud (1928/Nr. 17) folgendes Bild: "Um Arbeiterschutz und Hygiene im Betrieb kümmert sich kein Mensch. Wenn einmal die Gewerbeinspektion kommt, wird die Fabrik gereinigt. Es ist kein Raum vorhanden, in welchem die Arbeiter ihr Mittagessen einnehmen können. Die Mittagspause wird auf dem Fussboden zwischen den Maschinen verbracht. Ventilation fehlt oft ganz. In der Fabrik III "Internationale" ist die Luft voller Dampf. Ueberall tropft das Wasser herunter, die Arbeit ist äusserst gesundheitsschädlich, Die Arbeiter können sich nicht umziehen, weil die Fabrik keine Kleiderschränke liefern will. Infolgedessen müssen sie nach der Arbeitszeit in vollkommen durchnässten Kleidern in die Arbeiterkasernen zurückkehren, manche müssen in diesem Zustande Sommer und Winter 3-5 km laufen. Schwere Erkältungen und infolgedessen Rückgang der Produktion sind die Folge."

Petroleumindustrie in Baku (Trud 1928 Nr. 32) In den Betrieben werden nicht einmal die elementarsten Anforderungen des Arbeiterschutzes berücksichtigt. Dies gilt nicht nur für alte Werke, sondern man baut auch neue grosse Fabriken ohne irgendwelche Ventilationsanlagen.

Die Lederindustrie gilt als die rückständigste und gesundheitsschädlichste. Krankheiten sind ausserordentlich verbreitet, sogar Pestfälle sind nicht selten. Die Unfälle sind in den neuen Fabriken ebenso zahlreich wie in den alten. Trud. 28/Nr. 33 Bergindustrie, Novo-Sibirsk: (Trud 1928/Nr. 200) "Abgesehen von grossen Mängeln, deren Beseitigung bedeutende Mittel erfordern würde, trifft man auf Schritt und Tritt himelsschreiende Zustände, die lediglich der Schlampeien der Werkleitung zuzuschreiben sind und oft aus absichtlicher Nichtausführung der Arbeitsschutzbestimmungen entspringen. Derartige "Kleinigkeiten" spielen oft eine grosse Rolle bei Unglücksfällen. In dem einen Schacht sind z.B. die elektrischen Leitungen so niedrig angelegt

dass die Arbeiter ständig anstossen und überhaupt nicht isoliert sind:Unfälle sind die Folge.Aborte fehlen in den Schächten oft ganz oder liegen vom Arbeitsplatz weit ab.Die Arbeitsverhältnisse sind sehr schwer und werden noch verschlimmert dadurch,dass das technische Personal gar kein Interesse zeigt,die zu verbessern... Grosse Missstände auch in neuen Werken.Bei der Aufstellung der Maschinen werden die Vorschriften des Arbeitsschutzes nicht beachtet,Gewerbeinspektion wird nicht herangezogen,die Vorschriften für Hygiene im Betriebe werden verletzt.Im Trust Kusbass hat man Schmieden ohne jede Ventilation gebaut.Bei Vertiefung der Schächte werden Sicherheits~~XXXXXXXXXX~~-vorschriften umgangen-.."

Nun werden natürlich gewisse Mittel für Arbeitsschutz in den Betrieben ausgeworfen;sie sind aber recht gering.Der WZSPS beschwert sich wiederholt darüber,dass der Oberste Volkswirtschaftsrat bei Festsetzung der Mittel dafür sich "nicht von den Interessen der Arbeiter,sondern von den finanziellen Interessen der Industrie leiten liesse"(z.B.Trud 1928 /Nr.31)Ferner werden aber diese an sich schon geringen Mittel von den Trustleitungen nicht einmal ihrer Bestimmung gemäss verwendet. So wurden in der Ukraine den Staatstrusts im letzten Jahr 2,5 Mill.Rubel für Arbeitsschutz in den Betrieben zur Verfügung gestellt-nur 20% wurden für diesen Zweck verausgabt,die übrigen zur Akkumulation benutzt.In der Textelindustrie in Baku wissen die Arbeiter im Jahre 1928 noch nicht ,wofür seit 1923/24 die ausgeworfenen Mittel verwendet wurden.Der Trust Uralasbest hat von den angewiesenen Mittel nur 28%verwendet(Trud Nr.32)(32)Dieselben Feststellungen werden gemacht für die Lederindustrie und die ukrainische Eisenindustrie.Im Trust Donugol wurden im ersten Halbjahr 27/28 nur 18,7%,im Trust Jugostahl nur 14,8%,im Juschni-Rudny-Trust gar nur 4,9% der für Arbeitsschutz angewiesenen Mittel verausgabt.Und dabei finden sich,wie "Trud"hinzufügt(Nr.159/1928)von den 110 Schächten mit Schlagwettergefahr die es in der S.U.gibt,100 im Gebiet des Donugol,"darunter die allergefährlichsten". "Man sucht -heisst es im Bericht des Trud weiter-die Kohleförderung unter Vernachlässigung aller Vorsichtsmassregeln auf äusserste zu steigern.Die Versorgung mit frischer Luft beträgt in manchen Schächten nur 16% der vorgeschriebenen ~~NORMEN~~ Norm.Infolgedessen wurden im Donugol 1928/28/25 749 Arbeiter von Unfällen betroffen,gegen 18 821 im Vorjahre.

Die Ausbeutung der Arbeitskraft in der russischen Staatsindustrie vollzieht sich Formen,die an Mord grenzen.

Die sogenannte."kommunistische"Presse weiss immer fabelhaft viel zu erzählen von der mustergültigen Gewerbeinspektion,die in Russland durchgeführt sei. Wie steht es damit?.

Gesetzlich untersteht die Kontrolle des Arbeitsschutzes dem Arbeitsministerium (russisch Narkumtrud).Dieses hatte ursprünglich das Recht,den Werkleitungen die zutreffenden Massnahmen vorzuschreiben und ihre Durchführung zu erzwingen.Allerdings ist von diesem Rechte nie viel Gebrauch gemacht worden.Seit 1925 aber hat das NKTrud im Interesse der"sozialistischen Akkumulation"auf dieses Recht sogar verzichtet und anstelle des Zwanges gegenüber den Trustleitungen das"Prinzip,der Vereinbarungen "treten lassen(Trud.1928/Nr.31)-d.h.man einigt sich mit den Trustdirektoren "gütlich",wieviel diese von ihrem Profit gutwillig für das Leben und die Gesundheit der Arbeiter"opfern"wollen.Das Resultat dieser Methode ist-wie auf der Konferenz für Arbeitsschutz im Februar 1928 festgestellt wurde-dass der OVWR und die Trust sich jetzt um das Narkumtrud überhaupt nicht mehr kümmern!Die Durchführung ~~NIEMALS~~ der Schutzmassnahmen ist auf diese Weise völlig von den Betriebsleitungen abhängig,die ihrerseits diese Mittel immer zu beschränken suchen.Trotz aller gesetzlichen Sicherungen ist daher der Einfluss der Gewerkschaften und des Narkumtrud gleich Null".Aber das NKTrud ist noch weiter gegangen.Es hat sich nicht damit begnügt,stillschweigend die Sabotage des Arbeitsschutzes durch die Industriellen zuzulassen,sondern es hat unter Umgehung der Gewerkschaften seine eigenen Organe angewiesen,den Industriellen keine Schwierigkeiten zu machen,wenn diese die für Arbeitsschutz angewiesenen Mittel zu Zwecken der Rationalisierung verwendeten!(Trud 1928/Nr.14.Juli) Denentsprechend sieht auch die Durchführung der Fabrikinspektion in der Praxis aus:"Die fabrikinspektoren und die Gewerkschaften versagen in der Durchführung des Arbeitsschutzes vollständig.Die Inspektoren geben zwar Anweisungen kümmern sich aber um die Durchführung überhaupt nicht.In aller Seelenruhe stellen

203/74

sie in ihren Berichten immer wieder fest, dass ihre Anweisungen nicht ausgeführt werden; im übrigen bleibt es beim alten. Es ist gradezu himmelschreiend, wie selten Betriebsleiter wegen Verletzung der sanitären Vorschriften zur Verantwortung gezogen werden - und selbst wenn dies einmal geschieht, werden sie fast immer reingewaschen. Diese Milde der Gewerbeinspektoren begünstigt gradezu die ~~immer~~ Nachlässigkeiten der Fabrikleitungen." (Trud 1928 Nr. 31).. "Die Mehrzahl der Gewerkschaften widmet den Arbeitsbedingungen im Betriebe wenig Aufmerksamkeit; in den meisten Fällen beschränken sie sich auf papierne Resolutionen über den schlechten Zustand des Arbeitsschutzes und die Notwendigkeit ihn zu verbessern. Der Grundzug der Gewerkschaften auf diesem Gebiet ist Passivität.... Eine unmittelbare Kontrolle seitens der Gewerkschaften über Durchführung der Schutzbestimmungen existiert überhaupt nicht..." (Trud. a. a. O.)

Ein eindrucksvolles Bild: Das Arbeitsministerium ermutigt die "roten" Direktoren zur Sabotage der Arbeiterschutzbestimmungen, über welche dasselbe Arbeitsministerium wachen soll, die Gewerkschaften sehen zu ohne einen Finger zu rühren, und in den Betrieben gehen die Unfallziffern sprunghaft in die Höhe.

Das unter solchen Verhältnissen auch die Bestimmungen über den Arbeitstag sabotiert werden ist wohl eine Selbstverständlichkeit. Gesetzlich herrscht der 8-Stundentag. Das Jubiläumsfest vom November 1927 überraschte die Arbeiter sogar mit dem Versprechen des 7-St.-Tages. Letzterer bezweckte nach vielfachem Eingeständnis (Trud 1928 Nr. 79. Bolschewik u. a. O.) die Produktion von Textilwaren zu steigern (durch Einführung des Dreischichtensystems). Und da gerade Revolutionsjubiläum war, so verband man diese ökonomische Erwägung mit einer schönen Geste, indem man allgemeine Einführung des 7 St.-Tages versprach. In der Durchführung beschränkte man sich dann freilich auf diejenige Textilbetriebe, bei denen Produktionssteigerung durch Übergang zum Dreischichtensystem mit Rücksicht auf die bäuerliche Nachfrage geboten war. Im übrigen aber widersetzte sich der OVWR entschieden allen Anträgen auf weitere Ausdehnung des 7 St.-Tages. Es entspann sich eine grosse Polemik zwischen OVWR und WZSPS. Letzterer warf der Industrie vor, sie "bremse absichtlich die Durchführung des 7 St.-Tages" (z. B. Trud 1928/23 Juni) "Der OVWR hat bis jetzt noch keinen Durchführungsplan aufgestellt. Nur einige Glavki haben Projekte vorgelegt, z. B. Glavmetall einen Entwurf, der innerhalb der Metallindustrie Einführung des 7 St.-Tag. binnen 4 Jahren und nur für 30% aller Metallarbeiter vorsieht. Den Gewerkschaften enthält man die Materialien vor. Auch in der Textilindustrie bremst der OVWR offensichtlich, der Textilarbeiterverband befindet sich gegenüber dem Widerstand des OVWR jetzt völlig in der Sackgasse. Für die Lederindustrie erklärt der OVWR die Umstellung für unzweckmässig. Bei der Metallindustrie werden nur Produktionszweige von geringerer Wichtigkeit berücksichtigt wie Armaturen, Lampen usw. Die Grossbetriebe bleiben ausgeschlossen. Asneft (Petroleumtrust) und Donugol haben noch nicht einmal begonnen sich mit der Frage zu beschäftigen; auch die Regierungskommission für den 7 St.-Tag kann nicht arbeiten wegen des Widerstandes des OVWR. Alle Appelle sind resultatlos... Der OVWR sabotiert absichtlich." (Trud u. a. O.) derartige Polemiken gingen fast während des ganzen Jahres 1928.

Schliesslich hat man sich auf einem Kompromiss geeinigt; man verspricht den Arbeitern jetzt, dass der 7 St.-Tag nach 5 Jahren überall eingeführt sein soll, was wieder durch einen feierlichen Erlass Anfang 1929 verkündet wurde. Inzwischen hat man jedenfalls Zeit gewonnen und kann die Arbeiter hinhalten. Nach Trud wurden während der Jahre 27/28 auf 7 St.-Tag überführt nur 24 Textilbetriebe mit 99 000 Arbeitern; infolge der Einführung des Dreischichtensystems stieg die Belegschaft auf 119 000. Während 28/29 soll die verkürzte Arbeitszeit auf im ganzen 208 Betriebe mit insgesamt 234 000 Arbeitern ausgedehnt werden; es handelt sich hauptsächlich um Textil-, Tabak- und einige chemische (Lack, Paraffin) Fabriken. Wieweit dieses Projekt für 28/29 realisiert wird, bleibt abzuwarten. Im Ganzen muss aber gesagt werden, dass die Bolschewikimibe Jubiläumsversprechen bestimmt nicht einhalten werden, weil sie es gar nicht können. Das ganze Projekt ist ein Verlegenheitsprodukt, das man seinerzeit Hals über Kopf gegeben hat, so dass z. B. die bereits aufgestellten Produktionspläne für 1928 wiedermüßig geworfen werden mussten, weil sie bis unmittelbar vor Erscheinen des Erlasses auf der Grundlage des 8 Stundentages aufgebaut waren. Der wirklichen Durchführung stehen grösste ökonomische Hindernisse

entgegen. Der Uebergang zum Dreischichtensystem, dass ja den eigentlichen Kern des ganzen Projektes bildet, bedeutet eine so starke Vermehrung der Belegschaften und damit so grosse ökonomische Anforderungen an Wohnungsbau usw. dass schon daran das Projekt scheitern müsste. Dazu kommt, dass die Steigerung der Produktion natürlich vermehrte Belieferung mit Rohstoffen voraussetzt. Die Textilindustrie befindet sich aber schon seit Jahren in einer chronischen Rohstoffkrise, der Eisenindustrie geht es nicht besser - kurz der Widerstand des OVWR ist sehr erklärlich, weil das Projekt auf Voraussetzungen fusst, die gar nicht vorhanden sind und deren Fehlen den Bolschewiki bei Veröffentlichung des Erlasses ja auch nicht unbekannt war. Man muss diese Versprechungen mit umso grösserer Skepsis betrachten, als der offiziell geltende Achtstundentag bereits in allen Enden und Ecken durchbrochen wird. Hierüber folgende Berichte aus dem Trud:

"Im Zusammenhang mit der Einführung des 6- und 7 Std. Tages trifft man in verschiedenen Industriezweigen sehr oft die Frage - wird den Arbeitern wirklich die verkürzte Arbeitszeit garantiert? Wird sie nicht wieder durchbrochen werden? Die Zentrale des Textilarbeiterverbandes hat nun eine Untersuchung angestellt, wie viele bereits der Achtstundentag durchbrochen wird... Es zeigte sich dass in der Textilindustrie die Durchbrechung des 8 Std. Tages einen ständigen und masshaften Charakter trägt" (Trud 1928 Nr. 57) Es wird dann geschildert, wie die Textilfabriken oft eine Viertelstunde vor Beginn der offiziellen Arbeitszeit anfängt und ebensolange oder mehr darüber hinaus dauert. "Die Ueberarbeit ist alltäglich, niemand kämpft dagegen an". Auch in anderen Industriezweigen fände dasselbe statt.

Ukrainische Montanindustrie: "Die Arbeiter müssen auf mündliche Anweisung der Verwaltung Ueberstunden machen. Schriftliche Anweisung ~~ist~~ wird nicht gegeben. Hinterher verweigert die Verwaltung die Bezahlung der geleisteten Ueberstunden, weil kein schriftlicher Beleg dafür vorhanden sei. Man müsste im Tarifvertrag festlegen, dass Ueberstunden nur auf schriftliche Anweisung geleistet werden dürfen" aus einer Korrespondenz. Trud 1928/Nr. 256)

Als der Schachtyprozess die ungeheuerlichen Lebens- und Lohnverhältnisse enthüllte, unter denen die Arbeiter dieses Kohlengebietes dahinvegetieren, oder besser schon dahin sterben, versprach man den Donarbeitern zur Beruhigung den 6 Std. Tag für Untertagearbeit. Das war im Frühjahr 28. Im November berichtet der Trud (Nr. 259) Der 6 Std. Tag steht bloss auf dem Papier. Auf 184 Schächten des Donugol arbeiten 34,8% aller Kohlenarbeiter eine Ueberzeit bis zu zwei Stunden. Es ist zu befürchten, dass der 6 St. Tag auch auf dem Papier bleiben wird. Die Industriellen sprechen schon selbst davon... Die Gewerkschaften tun nichts für wirkliche Durchführung" In den Chabarovsker Ziegeleien beträgt der Arbeitstag 12 Stunden (Trud Nr. 263) Tscherebasstrust. Die Direktion hat den Vorschlag eingereicht, anstelle des anbefohlenen 6 St. Tages für Untertagearbeit beim 7 St. Tag zu bleiben. Die Häuer bleiben faktisch 7-8 Stunden im Schacht. Weder die Gewerkschaften noch die Gewerbeinspektoren kümmern sich um die Ueberstunden. "Einer der Trustdirektoren erwiderte auf die Beschwerde der Arbeiter: So war es bis jetzt und so bleibt auch" = (Trud/28/20

Von den Privatbetrieben der Lederindustrie arbeiten die meisten über 8 Stunden. In 82 ~~XXXXXXXX~~ Betrieben arbeiten jugendliche über 6 Stunden (Trud 1928/Nr. 28)

Viele Fabrikinspektoren schliessen mit Privatkapitalisten Arbeitsverträge für jugendliche ab auf 8 stündige Arbeitszeit (statt der gesetzlichen 6-stündigen) und zu einem unter Tarif stehenden Lohn. (Trud 1928/Nr. 26)

In den Uritzker Waggonfabriken werden Ueberstunden gemacht ohne die Erlaubnis der Gewerbeinspektion einzuhölen. (Trud 1928/Nr. 296)

Im Trud vom Juli (13) fragt ein Arbeiter an: Wenn man sich die Zahlen der Ueberstunden ansieht, so kann man erschrecken. Warum sorgen die Gewerkschaften nicht dafür, dass lieber mehr Arbeitslose eingestellt werden"

Schon die bisher mitgeteilten Materialien lassen deutlich erkennen, dass die Durchbrechung sowohl der Arbeitsgesetzgebung wie auch der Tarifverträge in der russischen Staatsindustrie als allgemeine Regel angesprochen werden muss. Gesetzliche oder vertragliche Bestimmungen über Arbeitszeit, Arbeiterwohnungen, Arbeitsschutz und Fabrikhygiene usw. stehen oder weniger nur auf dem Papier. Die Durchbrechung dieser Bestimmungen vollzieht sich unter passiver Duldung oder aktiver Unterstützung derjenigen Staatsorgane, die grade über Durchführung der ~~Bestimmungen~~ Bestimmungen

wachen sollen..Korresp=aus dem Donezgebiet Trud1928/Nr.256) "Unsere Industriellen brechen rücksichtslos den Tarifvertrag und führen viele Punkte nicht aus" "Korre= spondenz aus Schiffswerften Trud a.a.O.Chabarovsk : "Eine Untersuchung ergab in 41 Staatsbetrieben 235 grösste Verletzung der Tarifverträge.Die Administration der Ar= temovsker Gruben bricht die Verträge systematisch"(Trud vom13.Nov.28) Brjansk: "Die Nichtdurchführung der Tarifverträge wird zum System, bes.in der grossen Fabrik "Komintern"u.a.(Trud 1928/Nr.269).Leningrad(Korresp.von 20.Nov.28):"...1928 ein ganzes Gemälde von Durchbrechungen nicht nur der Tarifverträge, sondern auch der Arbeitsgesetze und der Betriebsordnungen.." "Die Gewerkschaftsorganisationen haben zwar das Recht, Industrielle, welche den Tarifvertrag verletzen, zur Verantwortung zu ziehen; aber sie machen von diesem Rechte keinen Gebrauch"(Trud 1928/256.)

Der systematische Tarifbruch wird ergänzt durch systematische Verdrängung der organisierten Arbeiter aus den Betrieben, was sich auf durchaus "gesetzliche" Weise vollzieht.Es gibt nämlich nach den Bestimmungen des Arbeitsgesetzes eine Ka= tegorie von Arbeitern, auf welche eine ganze Menge von Schutzbestimmungen keine Anwendung finden-~~das~~ sind dies die sog."zeitweilig eingestellten", d.h.die aus= hilsweise für 2-4 Wochen angestellten Arbeiter.Diese erhalten z.B.bei "unverschul= deter "Entlassung nicht das gesetzlich festgesetzte Entlassungsgeld von zwei Wo= chenlöhnen(das übrigens auch den tarifmässigen eingestellten Arbeitern oft genug nicht gezahlt wird); sie haben keinen Anspruch auf Urlaub; die Bestimmungen des Ta= rifvertrages finden auf sie keine Anwendung usw.Die "roten" Kapitalisten der Staats= industrie kamen daher auf den naheliegenden Gedanken, die auf Tarifvertrag einge= stellten Arbeiter durch jene "zeitweiligen " zu ersetzen."Die Anwendung von Zeitwei= ligen" hat geradezu unnatürliche Ausmasse angenommen infolge des Bestrebens vie= ler Betriebsleitungen, möglichst billige Arbeitskraft zu bekommen.."(Trud 1928/28)

"Die Zeitweiligen sind für den Unternehmer bequemer als die Organisierten; er ist in der Art ihrer Verwendung nicht vertragsmässig gebunden, er braucht ihnen kein Entlassungsgeld zu zahlen und keine Urlaubsentschädigung"(Trud 1928/18.) "Die Wirtschaftsleiter meinen allgemein, dass sich mit den Zeitweiligen 'ruhiger' arbeiten lasse, weil sie die Gesetze nicht so gut kennen, sich weniger beschweren und weniger Forderungen in den Arbeitsbedingungen stellen"-Schlussern sich die Leiter der Ge= schaften und Vertreter des Arbeitsministeriums über diese Frage.Die Verwendung der "Zeitweiligen" geht folgendermassen vor sich: Der "Rote" Direktor einer Staatsfa= brik entlässt einige Hundert Organisierte, und stellt dafür eine entsprechende Menge "Zeitwilliger" ein-etwa für die Dauer eines Monats.Ist die Frist abgelaufen so wird der Arbeitsvertrag auf einen weiteren ganzen oder halben Monat erneuert und dies kann eine lange Reihe von Monaten fortgehen, dass Trud erklärt: "Durchweg werden zahlreiche Arbeiter als "Zeitwillige" geführt, die schon viele Monate im Betriebe sind". Diese Arbeiter müssen also genau dieselbe Arbeit leisten wie die tariflichen, werden aber unter Tarif bezahlt, bekommen keinen Urlaub, kein Entlassungs~~geld~~ und müssen in beständiger Angst vor neuer Arbeitslosigkeit alle Vergewaltigung~~en~~ schweigend ertragen.

Die Einstellung für ständige Arbeit unter dem Schein bloss zeitweiliger Beschäf= tigung findet sich in fast allen Textilfabriken, Metallbetrieben, Druckereien, Han= delsunternehmen, Volkskommissariaten usw.Oft stellt nach ihrer Entlassung die Verwaltung andere "zeitweilige" ein.Im Verlag der Zeitung "Moskauer Arbeiter" wurden im Verlauf von zwei Monaten alle zwei Wochen die "zeitweilig" eingestellten Packer ausgewechselt.Dieselbe Welle einander ablösender "Zeitweiliger" kann man im Warenhaus "Gum" und in den Genossenschaften beobachten".(Trud 2.Dez.28)

Anfang 1928 untersuchte eine Kommission 13 Moskauer Staatsfabriken.Sie stellten fest, dass von den im letzten Jahre eigestellten gelernten Arbeitern 65% und von den ungelerten 93% als zeitweilige eingestellt wurden(also unter Ausschaltung des Tarifvertrages)Mitte 1928 wird erneut konstatiert, dass auf den Arbeitsvermitt= lungsstellen in 67% aller Fälle von den "roten" Direktoren "zeitweilige" angefordert würden.Für das Jahr 1925/26 wird angegeben(Trud 1928/13), dass in den Moskauer Metallfabriken 16 000 Arbeiter, ~~XX~~ sämtlich organi= sierte, entlassen worden seien.NXXXXX Neu eingestellt wurden 28 000, hiervon aber nur 5 000 Organisierte und 23 000 "Zeitweilige".Also 11 000 Organisierte wurden nicht wieder eingestellt sondern durch "zeiweilige" ersetzt.Unter diesen Umständen

203/177

ist es natürlich kein Wunder, dass die Zahl der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder immer mehr anschwillt. Am 1. Januar 27 betrug sie 1,5 Millionen, am 1. Januar 28 bereits 2 Millionen, 25% waren gelernte Arbeiter. Ein grosser Teil dieser Arbeitslosen erhält keinerlei Unterstützung; von den Arbeitslosen organisierten Metallarbeitern z.B. werden 60% weder von den Gewerkschaften noch von der staatlichen Sozialversicherung unterstützt.

Wir haben uns bisher nur mit der Lage der Arbeiter in der "sozialistischen Staatsindustrie" beschäftigt. Wenden wir uns jetzt kurz zur Privatindustrie. Wenn man den dröhnenden Deklamationen der Bolschewiki glauben schenken darf, so werden die Interessen der Arbeiter in den Privatbetrieben aufs energischste zu verteidigen wissen; beanspruchen sie doch, die wahren Führer des Weltproletariats im Kampf gegen die internationale Bourgeoisie zu sein - um wieviel mehr müssen sie also alle Mittel ihrer Staatsgewalt, ihrer riesigen Gewerkschaftsorganisationen, des Parteiapparats usw. gegen ihre eigene, doch nur "gedultete" Bourgeoisie sein! Sehen wir zu:

Die "Pravda" fasst die Berichte "zahlreicher Arbeiterkorrespondenten" folgendermassen zusammen (1928/256): Die Kommunalverwaltungen gewähren den Kapitalisten alle möglichen Steuererleichterungen. In vielen Betrieben herrscht eine unerhörte Vernachlässigung des Arbeiterschutzes und der sanitären Vorschriften. Statt gegen den Einfluss der Unternehmer auf die Arbeiter zu kämpfen, geraten die Gewerkschaften selbst in die "Umzinglung" der Privatkapitalisten; sie sind gradezu Gefangene des Privatkapitals - Auf gemeinsamen Saufereien verbrüdernd sich die Gewerkschaftsangeestellten mit den Privatkapitalisten. Bei Vernachlässigung des Arbeiterschutzes drücken die Gewerkschaften die Augen zu, aus Furcht das Unternehmen könne kaputt gehen wenn sie auf Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen bestehen. Noch gefährlicher sind die Versuche der Unternehmer, die Arbeiter ideologisch auf ihre Seite zu ziehen. Aus vielen Privatbetrieben wird berichtet, dass ganz wie in der alten Zeit an Festtagen viele Arbeiter dem Unternehmer gratulieren gehen und dafür kleine Trinkgelder bekommen. In den "roten Ecken" mancher Privatbetriebe werden von den Kapitalisten gemeinsam mit den Arbeitern "Familienabende" veranstaltet. Der Unternehmer nimmt an Begräbnissen von Arbeitern teil, bezahlt die Genossenschaftsbeiträge für die Arbeiter usw.... Von positiven Erfolgen im Kampf gegen solche Machenschaften hört man sehr wenig..."

Bei der Lena-Goldfeld-Konzession sieht es so aus: "Als der Konzessionär den Betrieb übernahm, ertrugen die Arbeiter geduldig (!) alle Verstösse gegen die Arbeitsgesetze: "Es sind eben neue Leute, sie kennen unsere Gesetze noch nicht" sagte man. Die Arbeiter hofften, der Konzessionär werde die Fabrik neu ausrüsten, es ist aber nichts geschehen. Vor zwei Jahren passierte eine fahrlässig verursachte Dynamitexplosion, wobei 14 Arbeiter verletzt wurden. Bis heute sind die Schuldigen nicht zur Verantwortung gezogen. Wenn der Gewerbeinspektor die Fabrik besichtigt kommt, so teilt er das vorher der Werkleitung mit, damit sie ihm Pferde an die Bahn schickt. Die Werkleitung kann dann rechtzeitig alle Missstände verdecken. Mit den Arbeitern spricht der Gewerbeinspektor überhaupt nicht." (Trud 28. November 28).

Im November 28 fand in Moskau eine Konferenz der Betriebsräte aus Konzessionsbetrieben des Moskauer Gouvernements statt. "Sämtliche Teilnehmer der Konferenz" berichtet die Pravda (27. XI.) - stimmten darin überein, dass die Führung der Arbeit durch die Gewerkschaften absolut unzulänglich sei. Die Betriebsräte ständen ohne Führung da, infolgedessen würden schwere Fehler gemacht. In Lohnkonflikten, in Konflikten wegen der Arbeitsschutzbestimmungen, bei Entlassung von Arbeitern usw. zeigen sich die Betriebsräte gegenüber den Interessen der Gewerkschaftsmitglieder oft uninteressiert und unentschieden und in deren Verteidigung allzu vorsichtig. In vielen Betrieben können die Arbeiter es nicht erreichen, dass man ihnen den Inhalt des Konzessionsvertrages mitteilt; sie wissen also nicht einmal, was für Pflichten der Konzessionär ihnen gegenüber hat. Infolgedessen sind die Betriebsräte sich über ihre Rechte oft sehr im Unklaren. Der Vertreter des Betriebsrates der Fabrik Giffenbach sagt: "Wenn wir beim Gubotdjel (d.h. Gouvernementsbüro des betreffenden Gewerkschaftsverbandes) beantragen, er solle in Fragen des Lohnes und Arbeitsschutzes einen Druck auf den Konzessionär ausüben, so bekommen wir zur Antwort: "Wir wollen das noch aufschieben" Fragen wir "Warum denn?", so heisst es: "Ja - die internationale Lage ist so und so, wir müssen jetzt die Konzessionspolitik aktivieren usw..."

Dikotagenfabrik Gilschberg: Im Sommer 28 wurden 700 Arbeiter abgebaut; entlassen wurden dabei alle Gewerkschaftsfunktionäre, Jugendverbands- und Parteimitglieder, Wandzeitungskorrespondenten usw. Entlassungsgeld wurde verweigert. Als wir uns beim Gubkom. (Gouv. Parteikomitee) beschwerten, stellte dieses sich auf Seite des Unternehmers... "Fabrik Hammer: Seit drei Jahren kümmert man sich nicht um die Arbeitsbedingungen in dieser Fabrik. Man schickt uns papierne Instruktionen ohne jeden Wert. - Fabrik Kusnetzov: An allen Ecken und Enden gibt man dem Konzessionär nach. Weder die Gewerkschaft noch das Arbeitsgericht unterstützen die Arbeiter. Der Arbeiterschutz ist miserabel.. Der Konzessionär bricht den Tarifvertrag und die Gewerkschaft drückt beide Augen zu. - Betriebsrat der Fabrik Novik sagt: Bei jeder Gewerkschaftskonferenz lässt man uns Begrüßungsansprachen halten. Da heisst es dann : Das sind unsere Vertreter aus der Konzessionsfabrik. Privatkapitalistisches Element. Als wir uns aber bei solcher Gelegenheit einmal über die mangelnde Führung durch die Gewerkschaften beschwerten, rief man uns entgegen: "Wie sollen wir euch denn führen, wir haben doch keine Erfahrung! Eure Fabrik ist ein einzigartiger Fall (weil sie nämlich privatkapitalistisch ist). Hier muss es umgekehrt sein: Ihr müsst uns führen. Sagt uns eure Erfahrungen, wir werden sie sammeln und wenn dann noch ein Konzessionsbetrieb aufgemacht wird, werden wir diese Erfahrungen darauf anwenden". Erfahrungen sammeln könnte die Gewerkschaft schon-sie tut es aber nicht. Im Sommer wollte der Verband vier Privatbetriebe untersuchen, bis jetzt ist nichts geschehen. Was wir Arbeiter im Betriebe da tun? Den Konzessionsvertrag kennen wir nicht und wenn wir Lohnforderungen stellen schreit der Kapitalist, wir steigern die Selbstkosten und er werde sich bei der Hauptkonzessionsverwaltung beschweren."

Also-der "Klassenkampf", dem Gewerkschaft und Partei in den Privatbetrieben führen unterscheidet sich um nichts von ihrer Politik innerhalb der Staatsindustrie. ~~XXXX~~
~~XX~~
Beschwerden sich die Arbeiter der Staatsindustrie, dass die Arbeitsbedingungen immer schwerer werden, so antwortet ihnen der Trud: "Ja wir arbeiten eben für uns selbst, nicht für den Kapitalisten- und da muss man ordentlich zufassen" (Trud 1928/Nr. 70-Antwortet auf die Frage eines Arbeiters: "Dreht die Rationalisierung nicht dem Arbeiter den Hals ab?") Verletzung der Tarifverträge, Nichtbeachtung der sanitären Vorschriften, Lohnsenkung, Arbeitslosigkeit-alles sind ja nur "Opfer" für den "sozialistischen Aufbau", die "sozialistische Akkumulation". Und in den Privatbetrieben: Stellt Eure Lohnforderungen zurück, wir dürfen die Lage der Privatbetriebe nicht erschweren", Streikt nicht, das gefährdet die Steigerung der Produktion", so schreit man den Arbeitern entgegen die in dem Wahne lebten, wenigstens gegenüber dem Privatkapital könnten sie ihre Interessen verteidigen. Zum VIII. Gewerkschaftskongress legte der WTSPS offiziell Thesen vor über die Arbeit der Gewerkschaften in den Privatbetrieben. In der Diskussion bemerkte ein Kritiker dazu: "Diese Thesen sprechen weitläufig davon, was die Gewerkschaften in den Privatbetrieben alles nicht tun sollen: sie sollen nicht die Verteidigung der Arbeiterinteressen durch die "primitive Methode des Kampfes" ersetzen, sie sollen sich nicht der Einführung fortschrittlicher Arbeitsmethoden widersetzen usw. Was aber positive Aufgabe der Gewerkschaften auf diesem Gebiete sind, davon steht in den Thesen kein Wort..." (Trud 6. Dezember 28)

Der Kritiker ist im Irrtum: die "positiven" Aufgaben der russischen Gewerkschaften in den Privatbetrieben bestehen eben darin, die "primitive Methode des Kampfes" (d. h. des Streiks) zu "ersetzen" durch die "zivilisierte" Methode der Arbeitsgemeinschaft.

"Zum Teufel -schreien die Gewerkschaftsbürokraten-wozu gehen wir Konzessionen? Doch um die Produktion zu steigern! Das Privatkapital ist "unser Mitarbeiter am sozialistischen Aufbau", wir werden uns die Sympathie der Bourgeoisie doch nicht verschmerzen und die "Produktionssteigerung" nicht gefährden durch Verteidigung der lausigen Arbeiterinteressen! Das hätte uns grade noch gefehlt. Und im Übrigen-selbst wenn wir die Absicht hätten, die Arbeiterinteressen gegen die Bourgeoisie zu verteidigen-was uns weiss Gott ganz fern liegt-so könnten wir es nicht einmal "Wir haben ja keine Erfahrungen darin".

Sicherlich-woher sollten sie auch die "Erfahrung" haben? Die bolschewistischen Gewerkschaften haben niemals mit dem Kapital gekämpft. Unter dem Zarismus gab es keine Gewerkschaften. In der Oktoberrepublik aber bestand und besteht bis heute die Aufgabe der Gewerkschaften darin, die Arbeiter zur Produktionssteigerung zu "erziehen". Und in der wenigen freien Zeit, die ihnen diese Beschäftigung lässt, sind die

203/19

russischen Gewerkschaftler bemüht, das europäische Proletariat zu belehren, wie dieses gegen seine eigene Bourgeoisie kämpfen sollte. Wo bliebe ihnen da noch Zeit, selbst "Erfahrungen" im Klassenkampf zu sammeln!

Allerdings hatte man beim Uebergang zur Nep verkündet: Die Aufgabe der Gewerkschaften ist jetzt, die Interessen der Arbeiter gegen "unseren" Staat zu verteidigen - aber mit der Einschränkung: soweit dies nicht den höheren Interessen der Akkumulation widerspricht". Die Bolschewiki hatten sich naiverweise eingebildet, sie könnten Kapital und Lohnarbeit, Profit und Arbeitslohn "versöhnen", indem sie sich gleichzeitig in Industrielle und Gewerkschaftler verwandelten. Das Resultat dieses Versuches, Feuer und Wasser zu mischen, konnte nichts anderes sein als eine "Arbeitsgemeinschaft", bei der alle Vorteile auf Seite des Profits, und alle Nachteile auf Seiten des Arbeitslohnes sind - wie eben immer in derartigen "Arbeitsgemeinschaften". Es versteht sich, dass im Interesse der sog. "sozialistischen Akkumulation" jeder "Verbündete" der bolschewistischen Industriellen an jenen Vorteilen teilhaben muss. Erst wurden die Streiks in der Staatsindustrie gewaltsam beseitigt und durch eine riesige bürokratische Schlichtungsmaschine ersetzt, die naturgemäss nach den Interessen des Profits und nicht nach denen der Lohnarbeit entscheidet. Dann, sobald das Privatkapital zum "Mitarbeiter" ernannt ist, wird natürlich auch hier die "primitive Methode des Kampfes" durch Vermittlung und Arbeitsgemeinschaft "ersetzt". Und dies ist auch ganz in Ordnung. Wo die "Steigerung der Produktion", d.h. das Profitmachen der Hauptzweck ist, da existiert natürlich kein Unterschied ob der Kapitalist die Person des Staates oder eines Privatmannes annimmt und was dem einem recht ist, ist dem anderen billig. Indem daher die russischen Gewerkschaftler verlangen, dass die Arbeiter ihre Interessen gegenüber dem Privatkapital ebenso "zurückstellen" sollen wie gegenüber dem Staatskapital, sprechen sie ganz richtig aus, dass der Sache nach zwischen beiden nicht der geringste Unterschied besteht.

Es versteht sich im übrigen, dass die "Opfer" des russischen Proletariats nicht an der Schwelle des Betriebes haltmachen. Wenn Leben, Gesundheit, Entwicklung der Arbeiter im Betriebe für den "sozialistischen" Profit geopfert werden müssen, warum nicht auch ausserhalb der Betriebe? Die Sozialversicherung ist Luxus - weg mit ihr! Wir sehen ein Bild planmässiger Angriffe auf die Versicherungsbeiträge (die gesetzlich der Unternehmer zu zahlen hat) seitens vieler Staatsbetriebe, die... durch Ersparnisse an der Sozialversicherung ihre Misserfolge im Geschäft und ihre Unfähigkeit zu wirtschaften ausgleichen wollen. Die Senkung der Versicherungsbeiträge in diesem Jahr von 13,7 auf 12,6% (der Lohnsumme) zeigt, dass diese Attake mit einer Niederlage für die Versicherung geendet hat. Die Ausgaben für Sozialversicherung wurden den "unproduktiven Ausgaben" zugerechnet und unterliegen als solche zu allererst den Absteichungen" (Trud 1928/267) Die ohnehin minimalen Leistungen der Versicherungs-, Kranken- usw. Kassen werden dadurch natürlich noch weiter reduziert.

Das Schulwesen - "unproduktive Ausgaben" - hier kann man man nach Kräften sparen. Bekanntlich besteht der grösste Teil der russischen Bevölkerung aus Analphabeten. Unter grosser Reklame - vor allem dem Ausland gegenüber - hatte man vor einigen Jahren eine "Kampagne zur Liquidierung des Analphabetentums" begonnen. Alle erwachsenen Analphabeten sollten in besonderen Kursen im Lesen und Schreiben unterrichtet werden. aber die "Oekonomie" im Interesse der "sozialistischen Akkumulation" führte sehr schnell zur Einstellung dieser Kampagne. Auf dem XV. Parteitag stellte Frau Krupskaja fest, dass die Zahl der Analphabeten unter den Rekruten der Roten Armee ständig zunahm. Ueber die ständige Reduktion der ausgeworfenen Mittel bringt Trud folgendes Material: Im Lenigrader Bezirk wurden angewiesen: 1925/26 - 701 Tsd Rbl; 1926/27 - 775 Tsd Rbl; 1927/28 - 216 Tsd Rbl. In 34 Gouv. der RSFSR wurden ausgesetzt in sämtlichen Kommunalbudgets 1926/27 - 7,5 Mill. Rbl; 1927/28 - 4,9 Mill. Rbl. "Und dies bei allgemeinem Wachsen der Gesamtbudgets". In der Ukraine ging die Zahl der Teilnehmer an den Ausbildungskursen zurück von 727 Tsd (i. J. 25/26) wovon aber nur 439 Tsd die Kurse beendeten, auf 306 Tsd (26/27) und 291 Tsd (27/28) von denen nur 160 Tsd die Kurse beendeten. Die Zahl der Ausbildungskurse ist gesunken von 1925/26. 17 542 auf 1927/28. 8258. Dieser Rückgang erklärt sich aber nicht etwa daraus, dass das Analphabetentum beseitigt wäre - denn Anfang 1927 betrug die Zahl der Analphabeten in der Ukraine 55% der ganzen Bevölkerung (Trud 1928/282) Vielmehr wächst die Zahl der ~~ANALPHABETEN~~ Analphabeten. Die Zahl der jugendlichen unter ihnen betrug 1928: im Ural - 340 Tsd; im Kurker Gouv. - 130 Tsd; Nischninowgorod - 130 500; Sibirien - 580 Tsd. Die "Oeffentlichkeit verhält